

E-Commerce-Recht: EuGH: Welches Recht gilt beim grenzüberschreitenden E-Commerce?

29.08.2016

Rechtswahlklauseln, die die Anwendbarkeit des Rechts des Händlerstaates festlegen ("Es gilt ausschließlich deutsches Recht") sind unwirksam. Der EuGH hat dies in seinem Amazon-Urteil bestätigt (v. 28.07.2016, Az. C-191/15).

Grundlage der Entscheidung war die von „amazon“ verwendete AGB-Klausel „Es gilt luxemburgisches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.“

Ausgangspunkt der Überlegungen ist dabei Art. 6 der Rom I-Verordnung, welcher regelt, welches Recht auf grenzüberschreitende Verbraucherverträge anwendbar ist.

In Absatz 2 heißt es, dass die Rechtswahl grundsätzlich zulässig ist. Andererseits jedoch gibt es die Einschränkung, dass trotz der Rechtswahl das gesamte zwingende Recht des Staates anwendbar bleibt, in dem der Verbraucher seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

Eine Klausel, welche die Rechtswahl einseitig vorgibt ist in Folge dessen unzulässig, da sie die gesetzlichen Rechte des Verbrauchers erheblich einschränkt. Dem Verbraucher würde durch die Klausel zwingendes Recht seines Heimatlandes entzogen werden.

Zwar ist es grundsätzlich Sache der nationalen Gerichte zu beurteilen, ob eine Klausel den Anforderungen an Treu und Glauben, Ausgewogenheit und Transparenz genügt. Die Kriterien, anhand derer diese Prüfung vorzunehmen ist, legt jedoch der EuGH fest.

Für eine zulässige Rechtswahlklausel ist laut EuGH erforderlich, dass der Unternehmer im Rahmen der Klausel den Verbraucher darauf hinweist, dass neben dem in der Rechtswahlklausel vereinbarten Recht auch immer gemäß Art. 6 Abs. 2 der Rom-I-VO die zwingenden Bestimmungen des Rechts Anwendung finden, das ohne diese Klausel anzuwenden wäre.

In diesem Verfahren hatte der EuGH sich zusätzlich mit der Frage zu beschäftigen, welches Datenschutzrecht beim grenzüberschreitenden Handel gilt. Hierzu führt er aus, dass eine Datenverarbeitung, die im Rahmen der Tätigkeiten einer Niederlassung ausgeführt werden, dem Recht des Mitgliedstaats unterliegt, in dessen Hoheitsgebiet sich diese Niederlassung befindet.

Fazit

Um überhaupt eine Chance zu haben, dass Gerichte die Rechtswahl für wirksam erachten, müssen Online-Händler die gesetzliche Einschränkung in die Klausel aufnehmen. Eine solche Klausel könnte dann lauten: „Es gelten die zwingenden Vorschriften des Rechts, in dem Sie sich gewöhnlich aufhalten. Im Übrigen gilt deutsches Recht.“ Ob eine solche Klausel für den Durchschnittsverbraucher verständlich ist, ist jedoch mehr als fraglich.

Autor: Daniel Alles

Falls Sie Fragen zu dem Artikel oder sonstige Fragen zum Online-Recht haben, können Sie uns gerne kontaktieren.



Wir helfen Ihnen schnell und kompetent.

Ihr Ansprechpartner für weitere Fragen ist:

Rechtsanwalt Arnd Lackner,
Fachanwalt für Steuerrecht und
Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht

WAGNER Rechtsanwälte webvocat® - Small.Different.Better

WAGNER Rechtsanwälte webvocat®

Weitere interessante News finden Sie auf unserer Webseite www.webvocat.de

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten, senden Sie bitte eine E-Mail an: wagner@webvocat.de

Impressum

WAGNER Rechtsanwälte webvocat® Partnerschaft, Attorneys at Law
Großherzog-Friedrich-Str. 40, D-66111 Saarbrücken,
Fon: +49 (0) 681/958282-0, Fax: +49 (0) 681/958282-10,
E-Mail: wagner@webvocat.de,
Internet: www.webvocat.de / www.geistigeseigentum.de

Mitglieder der Rechtsanwaltskammer des Saarlandes / Members of the Bar Association of the Saarland; UStd-Id/Vat-No.: DE 265452894; Partnerschaftsregister / Partnership Register: Amtsgericht Saarbrücken Nr./No. 98, Vertretungsberechtigte Partner/ authorized representatives: Manfred Wagner, Daniela Wagner-Schneider; Verantwortlich für den Inhalt: Rechtsanwältin Daniela Wagner LL.M.

Rechtliche Hinweise

© 2016 WAGNER Rechtsanwälte webvocat® Partnerschaft. Alle Rechte vorbehalten. Trotz größtmöglicher Sorgfalt bei der Erstellung der bereitgestellten Inhalte übernehmen wir keine Gewähr für deren Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität. Wir weisen daraufhin, dass die zur Verfügung gestellten Inhalte keine Rechtsberatung darstellen oder diese ersetzen. Verantwortlich für den Inhalt: Rechtsanwältin Daniela Wagner-Schneider LL.M.

Die bereitgestellten Inhalte können Verknüpfungen zu Webseiten Dritter ("externe Links") enthalten. Wir übernehmen keine Haftung für die Inhalte auf den Webseiten Dritter und machen uns deren Inhalte nicht zu Eigen. Die Webseiten Dritter unterliegen der Haftung der jeweiligen Betreiber. Zum Zeitpunkt der Linksetzung waren keine Rechtsverstöße auf den verlinkten Webseiten ersichtlich. Im Falle von Rechtsverstößen auf den Webseiten Dritter distanzieren wir uns ausdrücklich von den Inhalten der entsprechenden Seiten. Eine ständige Kontrolle aller externen Links ist uns ohne



konkrete Hinweise auf Rechtsverstöße nicht zumutbar. Bei Kenntnis von Rechtsverstößen werden wir jedoch derartige externe Links unverzüglich löschen.